

Diskrepanzen zwischen nationalen Klimazielen und Klimaschutzbereitschaft der Bevölkerung



Studie stellt fest, dass Regierungen sich nach ethischen Grundsätzen richten, in der Bevölkerung aber Kosten-Nutzen-Überlegungen vorherrschen

Um den Klimawandel zu stoppen, legen die Unterzeichnerstaaten des Pariser Klimaschutzabkommens fortlaufend freiwillige Selbstverpflichtungen dazu vor, wie stark sie ihre Treibhausgasemissionen begrenzen wollen. Der Umweltökonom Prof. Dr. Heinz Welsch von der Universität Oldenburg hat nun in einer empirischen Studie untersucht, welche Zusammenhänge zwischen diesen nationalen Klimazielen und der Bereitschaft der Bevölkerung zum Klimaschutz bestehen. Die Ergebnisse veröffentlichte er im Fachblatt *Ecological Economics*. Der Forscher kommt zu dem Ergebnis, dass Faktoren wie das Durchschnittseinkommen, die Höhe der Emissionen und die Temperatur eines Landes für beide Größen eine wichtige Rolle spielen, sich darauf allerdings genau entgegengesetzt auswirken - und dass es eine Verbindung mit der Demokratiezufriedenheit gibt.

Der Oldenburger Forscher setzt in seiner Studie die nationalen Klimaziele von 123 Nationen, die zuletzt 2021 vereinbart wurden, mit den Daten einer weltweiten repräsentativen Umfrage zum Klimaschutz in Beziehung. Für den im vergangenen Jahr veröffentlichten *Global Climate Change Survey* waren 2021 und 2022 knapp 130.000 Menschen in 125 Nationen befragt worden. Ein Ergebnis war, dass eine breite Mehrheit der Weltbevölkerung Klimaschutzmaßnahmen unterstützt: 89 Prozent der befragten Personen wünschen sich von ihren Regierungen mehr politischen Einsatz für den Klimaschutz. 69 Prozent wären bereit, ein Prozent ihres Einkommens für Klimaschutzmaßnahmen aufzuwenden.

Welsch testete mit diesen Daten ein Modell, das er zum Zusammenspiel aus Kosten-Nutzen-Erwägungen, ethischen Grundsätzen und den Vorlieben der Bürger entwickelt hatte. Der Fokus der Studie lag auf der Frage, welche Faktoren für die Klimasziele der Regierungen und die Klimaschutzbereitschaft der Bevölkerungen relevant sind. Dabei zeigte sich, dass die Faktoren "Einkommen pro Kopf" und "Emissionen pro Kopf" für beides eine Schlüsselrolle spielen und auch die Durchschnittstemperaturen der vorausgegangenen zehn Jahre relevant sind. Welsch stellte fest, dass die Klimaziele der Regierungen umso ambitionierter sind,

je höher Einkommen und Emissionen sind. Genau umgekehrt verhält sich die Klimaschutzbereitschaft der Bevölkerung: Sie ist umso geringer, je höher Einkommen und Emissionen sind. Auch für den Faktor Temperaturen sind unterschiedliche Trends festzustellen: Die Bereitschaft, zum Klimaschutz beizutragen, ist in wärmeren Ländern größer als in kälteren, wohingegen die Länder mit kühlerem Klima ehrgeizigere Klimaziele verfolgen.

Die Zahlen für Deutschland passen in dieses Bild: In der aktuellen Runde der Selbstverpflichtungen lag unser Land mit einer angestrebten Verringerung der Emissionen um 39,7 Prozent zwischen 2019 und 2030 in der Spitzengruppe, und zwar auf Rang 12. Zwar herrscht dem Climate Change Survey zufolge auch in Deutschland eine große Bereitschaft, zum Klimaschutz beizutragen, doch ist diese geringer als in den meisten anderen Ländern. So würden 67,9 Prozent der Deutschen für den Schutz des Klimas monatlich auf ein Prozent ihres Einkommens verzichten - Rang 74 im internationalen Vergleich. Auf die Frage, ob die Regierung mehr für den Klimaschutz tun soll, stimmten 86 Prozent der Befragten zu - Rang 89 von 123 Ländern.

Den Befund deutet die Studie als Konflikt zwischen dem von den Vereinten Nationen formulierten klimaethischen Prinzip der "gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeit" der Staaten, das Fairness und Gerechtigkeit in den Vordergrund stellt, und einem Kosten-Nutzen-Denken in den Bevölkerungen. "Die Menschen gehen davon aus, dass der Klimawandel weniger Auswirkungen hat, wenn die Temperaturen im jeweiligen Land eher niedrig sind", erläutert Welsch. Gleichzeitig werde in Ländern mit hohem Pro-Kopf-Emissionen befürchtet, dass Klimaschutz sich negativ auf die Wirtschaft auswirkt. Das Kosten-Nutzen-Kalkül lasse daher erwarten, dass in den kühleren, reicheren und emissionsintensiveren Ländern eine geringere Bereitschaft zum Klimaschutz vorherrscht.

"Im Ergebnis zeigt sich eine Diskrepanz zwischen den relativ ambitionierten Klimazielen reicher und emissionsintensiver Länder in kühleren Regionen und der weniger stark ausgeprägten Klimaschutzbereitschaft der jeweiligen Bevölkerungen", erklärt Welsch. Die Studie zeige weiterhin, dass diese Diskrepanz mit einer geringeren Demokratiezufriedenheit einhergehe: Je ambitionierter die Klimaziele einer Regierung im Vergleich zur Klimaschutzbereitschaft der Bevölkerung sind, umso geringer ist der Anteil der jeweiligen Bevölkerung, der zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie im Land ist. "Dabei handelt es sich nicht notwendigerweise um eine Kausalbeziehung", betont der Umweltökonom. Dennoch sei es eine Herausforderung für demokratische Gesellschaften, eine Klimapolitik zu betreiben, die die Bevölkerung mitnimmt und nicht das Erstarken radikaler Kräfte begünstigt, die das Klimathema für ihre Zwecke missbrauchen.

Dieses Dilemma ambitionierter Klimaschutzpolitik könnte sich dem Forscher zufolge durch politische Instrumente abbildern lassen, die wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Klimaschutzmaßnahmen begrenzen. Eine Möglichkeit wäre etwa ein Klimageld, das Einnahmen aus Emissionsabgaben an wirtschaftlich schwächere Schichten der Bevölkerung verteilt.

Originalpublikation:

Heinz Welsch: "Are national climate change mitigation pledges shaped by citizens' mitigation preferences? Evidence from globally representative data", *Ecological Economics* (2025),

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800925000035?via%3Dihub>